



# FASCHISMUS

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITERSCHAFT  
UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

No. 3.

Amsterdam, den 8. Februar 1936.

Beilage zur deutschen Ausgabe.

VOR MISSTRAUENSKUNDGEBUNGEN  
gegen die braune Sozialreaktion.

(ITF) Am 3. und 4. April werden im Dritten Reich zum dritten Mal die Abstimmungen zu den Vertrauensräten durchgeführt. Sie finden unter veränderten Umständen statt. Die Illusion des Vertrauensrats der "Betriebsgemeinschaft" ist verblasst und zum ersten Mal interessiert sich für diese Abstimmungen nicht nur die Arbeiterschaft und ihre illegalen Organisationen, sondern auch die Armee.

Bei den Abstimmungen 1934 und 1935 hatten selbst viele gewerkschaftlich geschulte Arbeiter noch die Illusion, dass der nationalsozialistische Vertrauensrat eine Art Betriebsrat sei, auf jeden Fall aber zu einer Betriebsvertretung ausgestaltet werden könne. 2 Jahre haben gezeigt, was von Anfang an feststand: solange der Terrorapparat der Nationalsozialisten intakt ist, sind und bleiben die Vertrauensräte machtlose Scheinvertretungen.

Vertrauensräte haben keine Rechte, sie dürfen nur unter Vorsitz des Unternehmers tagen und nur wenn der Unternehmer sie einberuft. Sie dürfen dem Unternehmer keine Vorschriften machen, sie dürfen ihn nur beraten, und er braucht sich nicht um ihren Rat zu kümmern. Im Ausnahmefall können zwar einzelne Vertrauensräte in einzelnen Betrieben Interessen der Arbeiter durchsetzen, doch nur unter Durchbrechung der ihnen gezogenen gesetzlichen Schranken. In fast allen Fällen, in denen bisher Vertrauensräte als wirkliche Vertreter der Belegschaft auftraten, griff der Treuhänder der Arbeit ein und setzte die Unbotmässigen ab.

Im vergangenen Jahre wurden in vielen Betrieben vom Unternehmer ehemalige Gewerkschafter als Lockvogel auf die Liste gestellt, um die Arbeiterschaft zu möglichst starker Zustimmung zur Liste zu veranlassen. Alle Stimmen für diese alten Gewerkschafter wurden als Zustimmung zur ganzen Liste und damit für das System gezählt. In zahlreichen

Betrieben aber wurden schon wenige Wochen nach der Abstimmung die ehemaligen Gewerkschafter vom Treuhänder entfernt und an ihre Stelle gelbe Nationalsozialisten gesetzt. Wer daher ohne Berücksichtigung der wirklichen Lage in Deutschland allgemein empfiehlt, "Arbeiterkandidaten" aufzustellen, erweckt nur gefährliche Illusionen und hilft den Nationalsozialisten. Wer bei der heutigen Lage im Dritten Reich, wie die Kommunistische Partei, die Parole ausgibt, wirkliche "Arbeiterkandidaten" in öffentlicher Wahl aufzustellen, denunziert sinnlos die besten Kollegen den Unternehmern und der Geheimen Staatspolizei. Es besteht die grosse Gefahr, dass Spitzel der Gestapo die Parole der Kommunisten verbreiten, um die "Arbeiterkandidaten" und die Arbeiter, die sich für ihre Aufstellung einsetzen, kennen zu lernen! Die Arbeiter, die dieser Parole folgen, werden noch dazu sinnlos aufgeopfert, denn der Vertrauensrat ist machtlos. An "linken" Vertrauensräten kann zwar unter besonderen Umständen die Belegschaft eines einzelnen Betriebes interessiert sein, die Gesamtarbeiterschaft ist es nicht, sie ist nur an linken Abstimmungen und deren Bekanntwerden interessiert.

Die Abstimmungen zu den Vertrauensräten sind keine Wahlen. Zur Abstimmung steht nur eine einzige Liste, die vom Unternehmer aufgestellt wird und aus der die stimmberechtigten Kandidaten streichen können. Legale Wahlpropaganda ist nur dem Unternehmer und den Nationalsozialisten möglich, jede Gegenpropaganda gilt als Hochverrat. Wahlleiter ist stets der Unternehmer oder sein Vertreter, das Abstimmungsergebnis wird durch Terror und Drohung mit Entlassung verfälscht und vor der Veröffentlichung gröblich entstellt. Dennoch haben die Abstimmungen in diesem Jahre eine erhebliche Bedeutung.

Bei den diesjährigen Vertrauensräteabstimmungen will die Armee feststellen, ob die deutsche Arbeiterschaft "kriegsreif" ist oder nicht, ob die Arbeitsfront die Betriebe "für den Ernstfall" fest in der Hand hat, ob die Arbeiter bereit sind, weiter für Kanonen zu hungern. Die Parole der Deutschen Arbeitsfront zu den Vertrauensräte-wahlen "Fett oder Erz" ist unmissverständlich.

Es ist empfohlen worden, der Abstimmung fern zu bleiben. Diese Empfehlung verkennt die wirkliche Lage im Dritten Reich: wer der Abstimmung aus Protest fernbleibt, hilft dem Regime; er stellt sich selbst auf die schwarze Liste für die bevorstehenden Massenentlassungen. Seine Tat ist überdies ein sinnloser Heroismus, denn das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten nur auf Grund der gültigen abgegebenen Stimmen errechnet. Jede nicht abgegebene Stimme zählt daher praktisch als Stimme für das System.

Wer irgend kann, wird bei den Abstimmungen die ganze Liste der Kandidaten durchstreichen als Demonstration gegen die braune Sozialreaktion und gegen die nationalsozialistische Kriegshotze. Doch diese Demonstration des Misstrauens gegen das Hakenkreuz ist ein politischer Akt und die Abstimmungen sind trotz Vorschrift nicht geheim. In den letzten Jahren waren in den meisten Betrieben die Abstimmungen öffentlich, es fehlten Wahlzellen oder Aufsichtspersonal beobachtete die Zellen. Die Arbeitsfront hat den Druck auf die Unternehmer verstärkt, um sie zu veranlassen, den Wahlterror zu dulden oder gar mitzumachen. Dr. Ley hat gedroht, sie "zur Verantwortung zu ziehen", falls die Unternehmer für ihre Betriebe ein schlechtes Abstimmungsergebnis melden mussten. (Angriff, 8. November 1935). Bei kleinen und mittleren Unternehmern, die auf Staatsaufträge angewiesen sind, wird diese Drohung wirksam. Die örtlichen Arbeitsfrontbonzen, die um ihre Existenz kämpfen, tun das Ihre, um den Terror zu verschärfen. In den terrorisierten Betrieben wird deshalb versucht werden, streng "legal" vorzugehen und nach dem "Führerprinzip" und dem Arbeitsordnungsgesetz die einzelnen Kandidaten zu prüfen. Die antifaschistischen Arbeiter werden streng legal die Repräsentanten des Systems streichen, den "Walter" der Arbeitsfront und den "Zellinobmann" der N.S.D.A.P. Auch durch diese Demonstration wird klar gezeigt, dass der Kern der deutschen Arbeiterschaft der braunen Sozialreaktion unversöhnlich gegenübersteht. Seit Monaten bemüht sich die deutsche Armee, ein Bild über die Stimmung der Arbeiterschaft in den Betrieben zu erlangen. Sie fürchtet, zur Gefangenen der Propaganda der Arbeitsfront zu werden. Sie hat deshalb durchgesetzt, dass die Abstimmungsergebnisse in diesem Jahre von den Betrieben sofort weitergeleitet werden müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in diesem Jahre bei der zentralen Leitung wenigstens ein "nur" durch Terror verfälschtes Ergebnis bekannt wird. Eine nahezu vollständige Verfälschung der Abstimmungsergebnisse wie in den letzten Jahren wird also in den Betrieben kaum möglich sein. Die veröffentlichten Ergebnisse werden wieder verfälscht werden, aber Tausende von Stimmzählern werden die der Zentrale gemeldeten Ergebnisse erfahren, Abstimmungsergebnisse werden durchsickern und den Arbeitern zeigen, dass nicht nur in ihrem Betrieb der Widerstand gegen Sozialreaktion und Kriegshotze wächst. Der Einsatz zu diesen Abstimmungen lohnt sich deshalb in diesem Jahre noch mehr als in den vergangenen Jahren. Aus dem Dritten Reich wird denn auch berichtet, dass schon jetzt durch zahlreiche Betriebe die Flüsterparole zu den Abstimmungen läuft:


MISSTRAUENSWAHLEN! STREICHEN!



# FASCHISMUS

No. 3

Amsterdam, den 8. Februar 1936.



Erscheint zweiwöchentlich in deutscher, englischer, französischer, schwedischer und spanischer Sprache. Einzelabonnements können zu hfl. 2.-- pro Jahr bei den Vorständen der der I.T.F. angeschlossenen Verbänden oder direkt: Vondelstraat 61, Amsterdam W. bestellt werden.

"Zwei Jahre nach dem Februarkampf:

Ehre den Helden! Treue den Märtyrern!

Wir haben zwei Jahre durchgehalten,

wir kämpfen weiter!

Für unsere Gewerkschaft, für die Freiheit, für den Sozialismus!"

(aus dem illegalen Organ der österreichischen "Freien Gewerkschaft der Eisenbahner, Verkehrs- und Transportarbeiter").

"Politische Familienerziehung". (ITF) Der Generaldirektor der ~~österreichischen Bundesbahnen~~ österreichischen Bundesbahnen hat (im Nachrichtenblatt der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen am 28. Dezember 1935) einen Erlass über das "politische Verhalten der Familienangehörigen von Bundesbahnbediensteten" veröffentlicht, der zeigt, dass der "christliche Ständestaat" ein Polizeistaat übelster Sorte ist. Der Generaldirektor erinnert an seine Dienstanweisung vom Februar 1934, in der er die Bediensteten anwies, "das Interesse des Dienstes, welches mit den Interessen des Staates gleichläuft, in und ausser Dienst zu wahren und zu fördern, sowie wahrgenommene oder drohende Nachteile mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwenden haben.

Zu dem in dieser Dienstanweisung bereits erläuterten Pflichtenkreise zählt auch die Aufgabe, in wirksamer Weise auf die Familienangehörigen (!) in der Richtung Einfluss zu nehmen, dass sie sich von allen staats- oder regierungsfeindlichen Bestrebungen oder einer derartigen Betätigung fernhalten.

Diese Verpflichtung ist ganz allgemein in der dem Familienoberhaupt gesetzlich eingeräumten Familiengewalt begründet,

gewinnt aber bei Bediensteten eines öffentlichen Unternehmens durch ihre besonders starke wirtschaftliche (!) und moralische Verbundenheit mit Staat und Regierung eine besondere Bedeutung.

Das Bundeskanzleramt hat in einem an die Zentralstellen der Bundesbehörden gerichteten Erlasse festgestellt, dass die Vernachlässigung der Pflichten auf dem Gebiete der politischen Familien-erziehung bei einem Beamten des Bundes einen hinreichenden Grund zum disziplinären Einschreiten darstellt.

In Übereinstimmung mit dieser Auffassung würde auch ich mich genötigt sehen, gröbliche Ausserachtlassungen der vorstehend erörterten Verpflichtung im Disziplinarwege zu ahnden."

In Österreich -- 2 Jahre später. (ITF) Zwei Jahre nach dem Februar-  
===== kampf muss die "christliche Diktatur" zugeben, dass die österreichische Arbeiterschaft ihr unversöhnlich gegenübersteht. Die Versuche der Regierung, die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse zu gewinnen, sind gescheitert. Aber die Regierung ist heute mehr denn je gezwungen, sich einen Stützpunkt im Volk zu schaffen. Mussolini ist durch den Raubzug gegen Abessinien geschwächt, durch die Haltung der Völkerbundstaaten isoliert und die Schwäche des faschistischen Italien gefährdet die Position seiner bisherigen Schützlinge, der christlichen Diktatoren in Wien. Sie müssen sich nach einer neuen Stütze umsehen und Hilfe bei den demokratischen Sanktionsländern suchen, bei den Banken und der Armee der Sanktionsstaaten. Doch die Hilfe des Auslands ist kein ausreichender Schutz für die Selbständigkeit Österreichs. Der "christliche Ständestaat" war die "Kriegsbrücke zwischen dem italienischen Faschismus und der ungarischen Oligarchie" (O. Bauer). Einigt sich Berlin mit Rom zum faschistischen Block gegen Westeuropa und die Sowjetunion, so droht Österreich das Schicksal, zur "Kriegsbrücke" zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland zu werden. Dann droht nicht nur das Ende des "christlichen Ständestaats", sondern dann droht zugleich den "christlichen Diktatoren" die Rache der Nationalsozialisten. Gegen diese Gefahr sucht die "christliche Diktatur" die Hilfe der österreichischen Arbeiter.

Es ist nicht der erste Versöhnungsversuch der christlichen Diktatoren. Das Misserfolg der "Aktion Winter" ist noch in frischer Erinnerung. Noch ist nicht vergessen, wie sozialistische Arbeiter in den Versammlungen Dr. Winters, des vom Kanzler Dollfuß mit der Gewinnung der Arbeiterschaft beauftragten Wiener Vizebürgermeisters, erklärten, dass zwischen der Arbeiterschaft und der Diktatur keine Versöhnung möglich sei, dass der Raub der Freiheit, für die die Februartkämpfer gefallen sind, dass die Entrechtung der Arbeiterschaft im "christlichen Ständestaat" sich nicht durch Versöhnungsreden vergessen machen lässt. Der "Einbau" der Arbeiterschaft in den "christlichen" Ständestaat ist Dr. Winter nicht gelungen. Und die faschistische Einheitsgewerkschaft hat bis heute trotz Terror von den 841.000 beschäftigten Arbeitern und Angestellten noch nicht 250 000, noch nicht 30% erfasst.

Die "Aktion Winter" erfasste nur relativ kleine Kreise. Die Versöhnungsversuche des Professors Dobretsberger aber werden in der österreichischen Arbeiterschaft stark beachtet; nicht etwa weil der Professor Sozialminister ist -- auf Ministerworte zu bauen, haben die österreichischen Arbeiter sich unter der Diktatur abgewöhnt --, aber die besonderen Umstände, unter denen die Aktion des Ministers erfolgt, geben ihr ein besonderes Gewicht. Mit der Schwächung Mussolinis wird auf die Dauer die Stellung der von Italien abhängigen Heimwehren erschüttert, der Misserfolg der "Arbeitsschlacht", die katastrophale Lage der Staatsfinanzen verschärfen die inneren Spannungen. Es ist offensichtlich, dass die Regierung es ehrlich mit der Erklärung meint, dass sie die Arbeiter b r a u c h t . Doch die österreichischen Arbeiter wollen sich nicht von den Henkern Wallischs und Gorls, von den Zerstörern ihrer Gewerkschaften als Nothelfer gebrauchen lassen; sie verlangen Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Sie fordern, "dass die Arbeiter und Angestellten im Betrieb und in der Gewerkschaft ihre Wortführer und Interessenvertreter selbst wählen, frei und geheim wählen können, und dass diese gewählten Vertreter nicht durch Regierungskommissare und Aufsichtsorgane des Ministeriums gehemmt und kontrolliert werden, sondern dass die Selbstverwaltung aller Arbeiterorganisationen wieder hergestellt wird -- in demselben Ausmass, wie sie vor dem Februar 1934 und dem März 1933, dem Beginn der Diktatur, bestanden hat.

Wir verlangen freie, gleiche und geheime Wahlen im Betrieb und in der Gewerkschaft! Wir fordern freie Wahl in allen Sozialversicherungsinstituten und volle Selbstverwaltung", formuliert das von den illegalen freigewerkschaftlichen Verbänden herausgegebene Mitteilungsblatt die Forderungen der Arbeiterschaft. In den Betriebsversammlungen, in den Veranstaltungen der faschistischen Einheitsgewerkschaft haben die Arbeiter immer wieder diese Forderungen erhoben. Der Druck der Arbeiter war so stark, dass der Sozialminister bei seinem Amtsantritt (im Oktober 1935) versprochen musste, die Selbstverwaltung wenigstens teilweise wiederherzustellen, und freie Wahlen zusicherte. Doch bald zeigte sich, dass das Versprechen des faschistischen Ministers nur ein Bluff war. Am 6. Januar wurde der Grosseinkaufsgenossenschaft österreichischer Konsumvereine (GÖC) die "Selbstverwaltung" zurückgegeben. Die Arbeiterkonsumvereine waren im Februar 1934 einem Regierungskommissar unterstellt worden. Jetzt wurde der gleiche Regierungskommissar, ein Minister der Regierung Schuschnigg, zum Präsidenten der GÖC "gewählt". Damit war den Arbeitern gezeigt worden, dass freie Wahl im "christlichen Ständestaat" bedeutet: Arbeiterorganisationen dürfen sich ihre Vertrauensleute selbst "wählen", wenn sie sich zur Wahl der bisherigen Regierungskommissare verpflichten. Das ist die Art in der Mussolini und Hitler ihre "Volksabstimmungen" durchführen. Mit derartiger Selbstverwaltung aber lassen sich die Arbeiter nicht abspesen. Sie fordern volle Freiheit der Gesinnung, der Agitation und der Organisation.

Die Regierung befindet sich in einer Zwangslage. Für die österreichischen Arbeiter ist die Wiedergewinnung der Freiheit die Voraussetzung für ihren Einsatz zur Abwehr einer Invasion der Armee Hitlers oder Mussolinis. Das Gewinnen der Arbeiter für die Unabhängigkeit Österreichs ist daher den Westmächten und der Kleinen Entente eine Voraussetzung für die Bündnisfähigkeit jeder österreichischen Regierung. Die "christliche Diktatur" glaubt die Arbeiter mit Scheinzugeständnissen gewinnen zu können. Sie hofft, die Arbeiter durch kleine Konzessionen für die Einheitsgewerkschaft zu gewinnen und die illegalen Organisationen zu lähmen. Die Arbeiter aber benutzen die Scheinkonzessionen der Diktatur zur Verbreitung ihres Kampfes. Sie greifen die Versprechungen des Ministers als Forderungen auf und verlangen Taten. Wenn die Versprechungen des Sozialministers nur ein Täuschungsmanöver sind, dann muss er Farbe bekennen und von seinen eigenen Versprechungen abrücken. Meint er es ehrlich, so wird die "christliche Diktatur" eines Tages die Propagandisten der "freien Wahl" und der "grösseren Arbeiterrechte" mit dem Einsperren bedrohen und die Wiedergabe einer Ministerrede als illegale Tätigkeit bedrohen müssen, dann endet die "Aktion Dobretsberger" wie die "Aktion Winter". Schon heute sind in fast allen Versammlungen der Einheitsgewerkschaft und in den Betriebsversammlungen Arbeiter öffentlich und legal zum Wortführer und Ausleger der Versprechungen des Ministers geworden.

Die Diktatur hat die Gefahren erkannt. Auf dem Appell der Vaterländischen Front hat (am 19. Jan.) der Vizekanzler Fürst Starhemberg erklärt, dass "neben der Vaterländischen Front, ausserhalb der Vaterländischen Front niemand das Recht hat, politische Propaganda zu machen, politische Ideen und Theorien zu verbreiten. Aber auch innerhalb der Vaterländischen Front hat sich die Politik absolut in der Richtung zu bewegen, die von der Führung angegeben und abgesteckt ist". Verschärfter Terror gegen die illegalen Organisationen soll die Herrschenden sichern und "eine gesunde monarchistische Propaganda" für die Rückkehr der Habsburger soll der italienfreundlichen Politik der Diktatur die nationale Verbrämung geben. Massenverhaftungen zeigten, dass es nicht bei den Drohungen bleibt.

Die Erklärung Starhembergs ist nicht nur eine Drohung gegen die Arbeiterschaft, sondern auch eine Warnung an den Sozialminister. Der Arbeiterschaft soll das legale Terrain wieder entzogen werden, auf dem sie eine Kampfmöglichkeit um ihre Rechte gefunden hat. Es lässt sich noch nicht absehen, welche der in der Regierung ringenden Tendenzen die Oberhand behalten wird, die durch die Isolierung Mussolinis geschwächte pro-italienische brutal arbeitserfeindliche der Heimwehren oder die sozialdemagogische des Sozialministers, der weiss, dass Österreich ohne englisches Kapital und ohne den Schutz der Armeen Frankreichs und der kleinen Entente dem deutschen Nationalsozialismus wehrlos ausgeliefert ist. Aber die aussenpolitischen Spannungen und die katastrophale Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage Österreichs hat der Arbeiterschaft neue Möglichkeiten eröffnet für ihren Kampf um Gesinnungsfreiheit, um Organisationsfreiheit, um Freiheit der Werbung für ihre Idee und Freiheit des Kampfes für ihre Interessen.

"Christliche Versöhnung". (ITF) Die österreichische Diktatur hat sich auf die Seite Italiens gestellt und Beteiligung an den Sanktionen verweigert. Sie hat sich dadurch in eine aussenpolitische Isolierung hineinmanövriert, die dem Land schwere wirtschaftliche Nachteile brachte. Um diese Isolierung zu durchbrechen, um vor allem die Stimmung für die Verlängerung eines grossen englischen Kredits zu verbessern, entschloss sie sich, zu Weihnachten 1935 eine Amnestie zu verkünden, die sie mit allen Mitteln der Propaganda als ein Zeichen der "Versöhnung der christlichen Diktatur" mit der österreichischen Arbeiterschaft feiern liess.

Schlecht unterrichtete Zeitungen haben diese Stimmungsmache auch im Ausland verbreitet. In Wirklichkeit aber war diese Amnestie nichts als ein Bluff. Kein einziger Arbeiter, der sich am Aufbau einer illegalen Organisation beteiligt hat, keiner der mehr als 1000 Schutzbündler, die über die Grenzen gehen mussten, wurde amnestiert; 16 Schutzbündler, die von Standgerichten abgeurteilt worden waren, bleiben weiter in Haft. Nicht amnestiert wurde der Schöpfer des roten Wien, der Bürgermeister Seitz, der erste Präsident der österreichischen Republik. Nicht amnestiert wurde die Vertreterin der Frauen im Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie, Rosa Jochmann. Das System rächt sich dafür, dass diese tapfere Frau ihren Richtern unerschrocken erklärte: "Ich war Sozialistin, ich bin Sozialistin und ich werde Sozialistin bleiben!"

Nur 154 Schutzbündler wurden einzeln begnadigt und auch sie nur bedingt; man hat ihnen eine fünfjährige Bewährungsfrist gesetzt und sie unter Polizeiaufsicht gestellt. Es wurde ihnen verboten, Freunde aufzusuchen oder Besuche zu empfangen. Der Besuch öffentlicher Lokale wurde ihnen untersagt. Unter den Amnestierten sind Angestellte und Arbeiter, die Anspruch auf eine Pension gehabt haben. Diesen Anspruch hat man ihnen nicht wiedergegeben.

Von den vielen Hunderten, die nach den Februartagen gemassregelt wurden, ist keiner durch die Amnestie wieder in Arbeit gekommen. Bei den österreichischen Bundesbahnen wurden im Februar und nach dem Februar 1934 180 Eisenbahner entlassen, wurden weitere 2-300 Gewerkschafter vorzeitig pensioniert, unter ihnen alle freigewerkschaftlichen Personalvertreter. Die Gemeinde Wien entliess 750 Bodienstete, allein bei der Strassenbahn 300; weitere 400 Strassenbahner wurden vorzeitig pensioniert. In den meisten bis zum Februar 1934 sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden der Provinz wurden die Gemeindearbeiter entlassen. Besonders in Bruck a.d. Mur, in Steyr, in Leoben, in Wels, in Badgastein, in Klagenfurt, in Villach tobten sich die "christlichen Diktatoren" aus. Hunderte von den vor 2 Jahren gemassregelten liegen noch heute auf der Strasse, sind der bittersten Not preisgegeben. Trotz aller Versöhnungsreden der Regierung.

Gleichzeitig mit der Verkündung der Amnestie begann eine neue Verhaftungswelle, die bis heute noch andauert. Doch zur Täuschung des Auslandes wurde weiter von "Versöhnung" gesprochen, wurde die Amnestie gefeiert. Inzwischen wurde in London die Verlängerung des Kreditabkommens unterzeichnet. Jetzt brauchen keine Rücksichten mehr genommen zu werden. Ab 1. Februar ist in Österreich erhöhte Polizei- und Gendarmeriebereitschaft angeordnet. Der Terror wird verschärft, im Zeichen "christlicher Versöhnung".

"Auf höhere Anweisung". (ITF) Der italienische Faschismus bezeichnet den Raubzug gegen Abessinien gern als "revolutionären, proletarischen Krieg", in dem alle Gegensätze zwischen Arm und Reich zurücktreten müssten. Doch schon die Verteilung der Kriegslasten zeigt den wahren Charakter des affikanischen Feldzuges. Am Raubzug, den der Faschismus zur Festigung seines Prestiges begann, profitierten die Spitzen der faschistischen Bürokratie, die Rüstungsindustriellen und die Kriegslieferanten. Die Massen sollen die Zoche bezahlen. Der Feldzug wird durch Massensteuern und inflatorische Massnahmen finanziert, durch die Heraufsetzung des Goldpreises wurde eine Abwertung der Lira um 18% offiziell eingestanden. Die Lira ist aber keine 82 centesimi mehr wert. Italien befindet sich mitten in einer Inflation, die Preise der Lebensmittel steigen unaufhaltsam. Aber, statt durch einen Teuerungsausgleich die Reallöhne der Arbeiter zu sichern, tritt der Apparat des "korporativen Staates" in Aktion und senkt die Löhne! Im Krieg der "italienischen Volksgemeinschaft" werden die Arbeiter durch Lohnsenkung und Teuerung in die Zange genommen. Die Löhne sind in Italien in vielen Industrien heute auf dem niedrigsten Stand seit der Stabilisierung der Lira. Die letzte Statistik der Durchschnittsverdienste der italienischen Arbeiter zeigt den Lohndruck auf der ganzen Linie. Diese Statistik wird vom Industriellen-Bund geführt, sie gibt nicht die wirklichen Arbeitsverdienste wieder, sondern die Industriellen legen

Wert darauf, durch diese Statistik zu beweisen, dass sie die vom faschistischen Schlichter genehmigten Tariftlöhne zahlen. Nach dieser Statistik, die die Verdienste als zu hoch erscheinen lässt, betrug der durchschnittliche Stundenlohn: in "Wasser und Gas" 2,72 Lire; in der Metallindustrie 2,43; im Druckgewerbe 2,21; im Maschinenbau 2,13; in der Chemischen Industrie 2,03; im Hoch- und Tiefbau 1,90; in der Holzindustrie 1,62; in der Papierindustrie 1,58; in der Kunstfaser-Industrie 1,57; in der Nahrungsmittelindustrie 1,43; in der Seidenweberei 1,46; in der Baumwollindustrie 1,34; in der Leinen-, Hanf-, Jute-Industrie 1,12; in der Schuhindustrie 1,46; in der Bekleidungsindustrie 1,31; in der Fischerei 1,13.

In 14 von den 36 Industriezweigen, über die der Industriellenbund laufend berichtet, lag im Juni 1935 der offizielle durchschnittliche Stundenlohn noch unter den niedrigen Aprilsätzen, trotzdem die Preise anzogen.

Spätere Angaben liegen nicht mehr vor. Den italienischen statistischen Zeitschriften lag im November 1935 ein Zettel bei: "Es sei hierdurch mitgeteilt, dass auf höhere Anweisung vorübergehend die Publikationen ... des "Bolletino dei Prezzi e Salari" (Bulletin über Preise und Löhne)... eingestellt wird. Nur für die Gesamtindustrie wurden noch Angaben bis zum August veröffentlicht: im August lag der durchschnittliche Stundenlohn um fast 2% unter den Löhnen im Juni. Er betrug nur noch 1,72 Lire.

Die Schuld der Reichsbahn. (ITF) Am 24. Dezember 1935 fuhr bei ===== Gross-Heeringen in Thüringen ein D-Zug mit voller Wucht auf einen Personenzug auf. Das Unglück forderte 33 Tote und 27 Schwerverletzte. Als Ursache wurde angegeben, dass der Lokomotivführer sowohl Vor- und Hauptsignal als auch das Einfahrtssignal überfahren habe. Dem Lokomotivführer war ein Aushilfsheizer beigegeben. Mehr war nicht zu erfahren.

Jetzt teilte der nationalsozialistische Reichsstatthalter von Thüringen, Sauckel, mit: "Der Zug habe Verspätung gehabt, die nach Möglichkeit aufgeholt werden sollte. Um das Tempo zu steigern, habe der Lokomotivführer dem Heizer bei seiner Arbeit geholfen und so das Vorsignal übersehen, das den Zug zum Halten bringen sollte. Als er das Hauptsignal bemerkt habe, sei es zu spät gewesen" (Frankfurter Zeitung, 23. Januar).

Damit ist offiziell klargestellt, dass die nationalsozialistische Personalpolitik die Schuld an der Katastrophe trug. Aushilfsheizer wurden früher bei der Reichsbahn nur im Rangierdienst verwendet. Der Dienst auf einer modernen D-Zugmaschine erfordert Einsatz des besten und vor allen Dingen ständigen Personals. Er erfordert aber auch ausgeruhtes Personal. Dass der streckenkundige Lokomotivführer dem Heizer sogar bei Ein- und Durchfahrt eines Bahnhofes bei der Arbeit behilflich sein musste, um die Lokomotive auf Tour zu bringen oder zu halten, beweist, dass entweder Mangel an ausgebildetem Personal besteht -- hier gibt die erschreckend hohe Krankenziffer des Reichsbahnpersonals zu denken! -- oder aber, dass die "alten Kämpfer" der N.S.D.A.P., von denen 78 000 als Ersatz für die 27 000 entlassenen Gewerkschafter eingestellt wurden, bei der Arbeit katastrophal versagen -- Von einem Materialfehler wurde nirgends gesprochen.

Mit welcher Sorge muss man dem Spitzenverkehr der Reichsbahn entgegensehen, wenn schon bei normalem Weihnachtsverkehr derartige Katastrophen eintreten.

Was nicht im "Angriff" steht. (ITF) Der Propagandaminister des ===== Dritten Reiches hat durch den Chefredakteur der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront in einem Buch "Der Angriff" Artikel zusammenstellen lassen, die er "in den Kampfjahren" in dem damals von ihm geleiteten Skandalblatt "Der Angriff" veröffentlicht hat. Das "Arbeitertum", das Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront, nimmt in einer Polemik gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund diese Zusammenstellung als Beweis dafür, dass "die nationalsozialistischen Führer in der Kampfzeit dem Volke nichts vorgegaukelt haben, sondern dass sie noch heute zu dem stehen, was sie damals gesagt oder geschrieben haben". Leider ist aber die Sammlung der Aufsätze des Reklameministers unvollständig. Es fehlen zum Beispiel die doch gewiss nicht unwichtigen "Goldenen Worte für einen Diktator und solche, die es werden wollen", die Dr. Joseph Goebbels am 1. September 1932 in Nr. 173 des "Angriff" veröffentlicht hat. Und dabei sind diese "goldenen Worte" heute doch so aktuell!

"Diktaturen müssen aus eigenem geistigen Vorrat leben können", schrieb Dr. Goebbels damals. "Es darf nicht so sein, dass das, was von ihren Ideen gut ist, von ihren Gegnern stammt, und das, was nicht von

ihren Gegnern stammt, schlecht ist....

Reden können, das ist keine Schande. Es wird nur dann zum Verhängnis, wenn auf das Wort keine Tat folgt. Glänzend reden, das ist gut, tapfer handeln, das ist noch besser, aber weder reden noch handeln können, das ist das typische Merkmal eines Reaktionärs, der sich die Macht erschlichen hat und nicht weiss, was er damit anfangen soll....

Gazetten (Zeitungen) dürfen nicht genieret werden. Der wahre Diktator leitet Amt und Berufung von seiner Bestimmung ab und von der Sympathie der Gefolgschaft, die bereit ist, mit ihm durch dick und dünn zu gehen. Je härter ihn seine Feinde angreifen, umso höher steigt er in der Liebe seiner Freunde. (Don Maueranschlag) "niedriger hängen, damit alle es lesen können!", das war die Antwort eines königlichen Mannes (König Friedrichs II., des "Grossen", von Preussen. Red.), dessen Leistung für sich selbst sprach, und der es nicht nötig hatte, sich mit Worten zu verteidigen, da seine Taten für ihn zeugten...

Auf Bajonetten lässt sich schlecht sitzen....

Höchste Pflicht des Diktators ist die soziale Gerechtigkeit. Hat das Volk das Gefühl, dass die Diktatur nur die Repräsentanz einer dünnen Oberschicht ist, die mit ihm eigentlich gar nichts zu tun hat, dann wird es den Diktator als feindlich und hassenswert empfinden und ihn über kurzem zum Sturz bringen..."

Diese "goldenen Worte" stehen nicht im "Angriff". Sie wären ein Angriff gegen die nationalsozialistischen Führer, die dem Volke etwas vorgegaukelt haben und die nicht mehr zu dem stehen, was sie einst gesagt und geschrieben haben.

Beseitigtes Schutzrecht. (ITF) "Das heutige (nationalsozialistische) ~~Arbeitsrecht~~ hat mit dem Arbeitsrecht des Zwischenreichs (gemeint ist die demokratische Republik, Red.) ausser dem Namen überhaupt nichts gemeinsam... Das alte Arbeitsrecht war.. das Schutzrecht für den wirtschaftlich schwächeren Teil der beiden rechtlich gleichgestellten Vertragspartner im Wirtschaftskampf, von denen der eine Inhaber der auf dem Kapitalbesitz beruhenden Arbeitsmöglichkeiten, der andere nur Inhaber seiner Arbeitskraft war, die er, um leben zu können, dem Partner wie eine Ware anbieten musste.... Dieses Arbeitsrecht wurde durch den Nationalsozialismus völlig umgewandelt... Der Führer des Betriebs hat die verantwortliche Leitung und die Gefolgschaft die vertrauensvolle Folgepflicht..."

Diese eindeutigen Feststellungen veröffentlicht der Leiter des Sozialamts der Deutschen Arbeitsfront Franz Mende im "Völkischen Beobachter" (vom 24. Januar 1936). Und er fügt stolz hinzu: "Die Neuordnung des Arbeitslebens wäre niemals möglich gewesen, wenn der Nationalsozialismus nicht die Voraussetzung erst geschaffen hätte..."

Die Unternehmer sollten dem Nationalsozialismus für die Beseitigung des Schutzrechtes der Arbeiter und Angestellten dankbar sein.

Eine Scheinkonzession. (ITF) Immer mehr setzt sich im Dritten ~~Reich~~ in den "Betriebsordnungen" die Klausel durch, dass nur noch Mitglieder der Arbeitsfront eingestellt werden. Öffentliche Betriebe und Reichsbahn und Reichspost verlangen energische Beitritt auch des letzten Beschäftigten zu dieser Organisation. Da die Arbeitsfront weder "Fremdrassige" noch "Staatsfeinde" aufnimmt, wird auf diesem Umweg über die Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront im Dritten Reich "nichtarischen" und "staatsfeindlichen" Arbeitern und Angestellten unmöglich gemacht, einen Arbeitsplatz zu finden. Unter "Nichtarier" verstand die Arbeitsfront bis zum 13. Januar 1936 jeden, der auch nur einen Grossvater oder eine Grossmutter hatte, die jüdischer oder anderer fremdrassiger Herkunft waren. Seit dem aber gilt für die Arbeitsfront das "Reichsbürgergesetz", das an die Stelle des "Arierbegriffs" den genau so verschwommenen Begriff des "deutschen oder artverwandten Blutes" setzt. Formell können jetzt "Nachtel- und Viertelarier" Mitglied der Arbeitsfront werden, sogar "Halbarier", falls sie einen überwiegend arischen Eindruck machen. Die 450 000 "Glaubensjuden" gleich welcher Blutmischung und die 300 000 Christen volljüdischer Abstammung bleiben nach wie vor von der Mitgliedschaft zur Arbeitsfront ausgeschlossen.

Die Lockerung der Aufnahmebedingungen der Arbeitsfront steht jedoch nur auf dem Papier. Im amtlichen Kommentar zu der Verfügung Dr. Leys wird vermerkt: "Ein Aufnahmewang seitens der Deutschen Arbeitsfront" besteht nicht. Sie behält sich vor, Aufnahmegesuche abzulohnen oder bereits aufgenommene Mitglieder wieder auszuschliessen" ("Der Angriff", Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, Nr. 11 vom 14. Januar 1936). Die Lockerung der Aufnahmebedingungen ist nur



eine Scheinkonzession zur Beruhigung des Auslands, vor allem der englischen und nordamerikanischen Geistlichen, die unter Hinweis auf die Entrechtung "nichtarischer" Christen den Boykott der Olympiade empfehlen.

So lügt das Dritte Reich! "Ungeheuerlichkeiten" (ITF) Am 7. November 1934 berichtete

die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront: "In Berlin-Pankow, Mühlenstrasse 3, wohnt Herr Reichsbankrat Emil Köppen. Dieser Herr Reichsbankrat hatte einen arbeitslosen Mieter mit seiner kranken Frau und drei kleinen Kindern aus der Wohnung exmittieren lassen wollen, weil der arbeitslose Volksgenosse mit einem Betrag von 4 RM und 10 Pfennigen im Mietrückstand war. Obwohl der stollungslose Volksgenosse versprochen hatte, diesen Rückstand zu begleichen, trieb der Herr Reichsbankrat die Exmittierung weiter...."

Wir nehmen diesen haarsträubenden Fall zum Anlass, einmal darauf hinzuweisen, dass das deutsche Volk nicht gewillt ist, sich im Staate Adolf Hitlers solche Ungeheuerlichkeiten bieten zu lassen...."

Am 13. November 1934 erklärte Göring: "Der Hauseigentümer, der unbarmherzig und skrupellos arme Volksgenossen um Nichtigkeiten willen obdachlos macht... verstösst gegen die Grundsätze der Volksgemeinschaft .. Sie wissen, auf welchen geradezu unerhörten, menschlich einfach unverständlichen Fall ich anspiele (auf den Fall Köppen. Red.), und ich versichere Sie, dass ich wie hier (!) auch in Zukunft mit unerbittlicher Härte durchgreifen werde".

Reichsbankrat Köppen wurde verhaftet und aus seiner Stellung entfernt. "Es ist besser, dass die Volkswut sich gegen ein einzelnes Individuum wendet, als gegen die staatliche Ordnung", liess der Propagandaminister in seinem damaligen Organ, dem "Angriff" erklären.

Am 19. Oktober 1935 aber berichtete (wie wir der "Sozialistischen Warte" entnehmen) die "Münchener Hausbesitzerzeitung": "Im Fall Köppen wurde nachträglich nunmehr festgestellt, dass Köppen eine unehrenhafte Handlung nicht begangen hat und dass er sogar nach einer besonderen Ehrenrettung des Reichsbankpräsidenten wieder in seinen alten Posten bei der Reichsbank eingesetzt wurde. Festgestellt wurde aber ausserdem, dass der Mieter, gegen den das Räumungsverfahren durchgeführt wurde, ein recht gewalttätiger Mensch war, der überdies gegen die Zahlung der Miete eine unüberwindliche Abneigung hatte, obwohl er nachweislich dazu in der Lage gewesen wäre".

Wir lassen offen, ob das Organ der Hausbesitzer der Residenzstadt Hitlers dem erwerbslosen Mieter Unrecht tut oder nicht. Wir stellen nur fest, dass heute die nationalsozialistischen Behörden tagaus, tagein Erwerbslose und Arbeiter, die die Miete nicht mehr erschwingen können, rücksichtslos exmittieren lassen. Gegen die Nazi-Behörden, die "unbarmherzig und skrupellos arme Volksgenossen obdachlos machen", wird nicht mit "unerbittlicher Härte" die Geheime Staatspolizei eingesetzt, wie Göring es versprach. Heute sind Exmittierungen im Dritten Reich wieder an der Tagesordnung, aber über diese Ungeheuerlichkeiten schweigt die Deutsche Arbeitsfront.

## II.

"Es wird aufgeräumt". (ITF) Am 30. Oktober 1935 berichtete "Der Angriff", die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, dass "vier Mann und Bildberichterstatter" zur Besichtigung von Betrieben in die Provinz gesandt worden seien. Die Redakteure "sollen berichten...Wo die Sache nicht stimmt, da sagen wir: Es wird aufgeräumt!"

Die Besichtigung begann in einer Gummibandweberei im Wuppertal. Die Arbeitsfront hatte diesen Betrieb ausgewählt, da sie glaubte, dass die Besitzer Juden seien und gegen Juden besteht Schimpffreiheit. Doch "wir haben noch nicht Platz genommen, da bullert der stellvertretende Betriebsführer schon los: "Wir sind eine arische Firma". Trotzdem wagte "Der Angriff" einen scharfen Artikel, denn die Waschgelegenheiten in diesem Betrieb "spotten jeder Beschreibung". Aufenthaltsräume gibt es in diesem Musterbetrieb nicht. Ein Photo zeigt die Arbeiter "zwischen ihren Webstühlen hocken und Mittag machen. Die Maschinen reichten fast bis zur Decke, die knappe Luft war staubig und muffig... Schmutz liegt auf der Erde."

Ein Photo der Villa des Unternehmers beschliesst die Reportage. "Wir gönnen ihm diese falsche Pracht", hat das Blatt der Arbeitsfront unter das Photo gesetzt -- "aber wegen seiner Einstellung zur Belegschaft haben wir mit ihm noch nicht das letzte Wort gesprochen."

Das letzte Wort hatte jedoch nicht die Arbeitsfront. Am 5. Januar musste "Der Angriff" sich wegen seiner Berichterstattung entschuldigen, doch er liess sich vom "Amt 'Schönheit der Arbeit' im Gau Düsseldorf der Deutschen Arbeitsfront" bestätigen, dass der Reporter

"bei der Schilderung dieses Betriebes nicht zu schwarz gezeichnet" hat. Aber am 24. Januar zwang der angegriffene Unternehmer die Tageszeitung der Arbeitsfront zur Aufnahme einer Erklärung des Treuhänders der Arbeit: "1. Es musste festgestellt werden, dass die Zustände im Betrieb... in keiner Weise (!) dem durch den Artikel im "Angriff" erweckten Eindruck entsprechen -- 2. Das Bild "Zwischen den Maschinen..." (das der eigene Photoreporter "aufgenommen" hatte! Red.) ist vor zwei Jahren aufgenommen worden ... Auch damals war das Bild "gestollt" und nicht Wirklichkeit." ... Der Treuhänder der Arbeit hat... den Vertrauensmann, der Ihre Herren durch den Betrieb geführt hat... abberufen".

Ein Unternehmer hat mit dem Vertrauensmann der Arbeitsfront aufgeräumt.

Am gleichen Tage, an dem "Der Angriff" dieses Geständnis der Ohnmacht der Arbeitsfront bringen muss, veröffentlicht er einen schwungvollen Artikel: "Die Bewegung "Schönheit der Arbeit" ist zu einem untrüglichen Gradmesser für die Verwirklichung des deutschen Sozialismus geworden".

Zu einem untrüglichen Gradmesser.....

Legalisierter Tarifbruch. (ITF) Für das deutsche Baugewerbe ist ~~=====~~ zwar noch ein Reichstarif "in Kraft", aber er wird nicht mehr angewandt, die Hunderttausende bei öffentlichen Bauten beschäftigten Bauarbeiter werden zu Sondertarifen entlohnt. Tiefbauarbeiter, die bei Heeresbauten beschäftigt sind, vor allem beim Bau von Flugplätzen, Befestigungen und unterirdischen Anlagen, werden untertariflich bezahlt mit Berufung darauf, dass die Industriegebiete, aus denen der grösste Teil der bei diesen Bauten beschäftigten Arbeiter stammt, Notstandsgebiete sind. Das Reichsarbeitsgericht hat diesen Tarifbruch offiziell gebilligt und hat festgelegt, dass es für die Anwendung des Reichsbauarbeiter-tarifs nicht genügt, dass Arbeiten ausgeführt werden, "wie sie von Bauarbeitern verrichtet werden". Der arbeitgebende Betriebsführer muss vielmehr ein Bauunternehmer des Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Eisenbeton-, und Tiefbaugewerbes "im eigentlichen Sinne" sein und den Betrieb "mit der Absicht der Gewinnerzielung betreiben". Für Heeresbauten ist damit der "allgemein verbindliche Tarifvertrag" praktisch ausser Kraft gesetzt. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts 123/35). Da volle 70% der deutschen baugewerblichen Produktion zur Zeit "öffentliche Bauten", zum grössten Teil Heeresbauten, sind, gilt der "Tariflohn" praktisch nur noch für die amtliche Lohnstatistik. Die Arbeiter werden weitgehend untertariflich entlohnt.

Trocken Brot... (ITF) Das Dritte Reich rüstet fieberhaft auf, baut ~~=====~~ Bombenflugzeuge, errichtet Kasernen. Ein rauschendes Fest jagt das andere, zahllose braune Bonzen prassen, prunkvolle Paläste entstehen. "Man fragt manchmal in ausländischen Zeitungen: Woher bezahlen die Deutschen das alles?", sagte der Reklameminister Dr. Goebbels am 24. Januar in Köln. "Das geschieht von den Groschen, die dem Bergarbeiter fehlen, so dass er sich keine Butter aufs Brot schmieren kann, von den Opfern, die der Mann auf der Strasse bringt, das wird bezahlt von den Abzügen, die der Staat ihm leider Gottes von seinem Lohn machen muss, das wird bezahlt von den Sorgen, die sich die Hausfrau machen muss".

Von Opfern der Reichen hat der Propagandaminister kein Wort gesagt. Sie sind nicht der Rede wert.

Lied der Sklaven. (ITF) Die Deutsche Arbeitsfront versucht kampf- ~~=====~~ haft, die sozialistischen Kampflieder durch neue Lieder aus dem Bewusstsein der deutschen Arbeiter zu verdrängen. Eine der letzten Leistungen der Arbeitsfront ist ein Lied "Taten", das die Auslandsorganisation der Arbeitsfront im Novemberheft ihres Organs, "Der Deutsche im Ausland", veröffentlicht. Die entscheidenden Zeilen des Liedes lauten: "Wir stehen an den Maschinen u n d w o l l e n n u r d i e n e n".

Zu sklavischer Demut will die Arbeitsfront die Arbeiter erziehen

"Die gesunde Währung". (ITF) "Die deutsche Währung ist gesund", ~~=====~~ versicherten am 30. Januar die Festredner immer wieder. Im Ausland wurden aber am 30. Januar für eine Mark in Silbermünze nur noch 67 Pf. gezahlt, bei Noten nur noch 63 Pf. Eine Registermark ist gar nur noch 52 1/2 Pf. wert.

S o gesund ist die deutsche Währung.

Hitler treibt zum Krieg! Munitionsfabriken in der entmilitarisierten Zone.

(ITF) Im Vertrag von Locarno, den Hitler wiederholt feierlich anerkannte, hat sich Deutschland verpflichtet, die entmilitarisierte Rheinland-Zone zu respektieren. Jetzt wird jedoch aus dem Rheinland gemeldet, dass in den wichtigeren Plätzen in Polizeiuniformen gestecktes Militär kaserniert wurde. Es werden Befestigungen angelegt und "für den Ernstfall" Munitionsfabriken eingerichtet. Als Tarnung dient die Deutsche Reichsbahn.

Seit Jahren stillliegende Eisenbahnwerkstätten werden in den letzten Wochen mit modernsten Maschinen ausgerüstet. Dreh- und Stossbänke, Bohrmaschinen, Fräsmaschinen (für die Führungsringe der Granaten) wurden beschafft, die für Eisenbahnwerkstätten wertlos, aber für Munitionsfabriken unentbehrlich sind.

Noch sind diese Betriebe geschlossen, aber jeden Tag können unter neuem Bruch internationaler Verträge die Tore geöffnet werden.

(Über die Rolle des "Bahnschutzes" in der entmilitarisierten Zone berichteten wir am 21. September und 2. November 1935.)

Wuppertal. Der Vorstand des IGB nahm bei seiner Tagung am 15. und ~~16.~~ 16. Januar mit äusserster Empörung die Umstände zur Kenntnis, unter denen der gigantische Prozess in Wuppertal in Deutschland verläuft, bei dem Hunderte von Arbeitern unter Anklage stehen. Dieser Prozess zeigt aufs neue die schauerlichen Methoden der nationalsozialistischen Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender. Trotz der Bemühungen, diese juristische Parodie im Geheimen stattfinden zu lassen, unter Ausschluss der öffentlichen Weltmeinung, sind die entsetzlichen Folterszenen, die sich bei der "Vorbereitung" dieses Pseudoprozesses abspielten -- Folterszenen, bei denen eine grosse Anzahl der Angeklagten den Tod gefunden haben --, in die Öffentlichkeit gedrungen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund appelliert an die Weltöffentlichkeit, heftigstens gegen diese grausigen Akte des Terrors und des provokatorischen Missbrauches der Justiz unter dem Hitlerregime zu protestieren. Der IGB fordert alle angeschlossenen Organisationen, sowie die, die menschliche Freiheit verteidigen, auf, diese Protestaktion maximal zu erweitern und erneut das Gewissen aller ehrlichen Menschen gegen die nationalsozialistische Barbarei zu mobilisieren.

Berichtigung: Auf Seite 41 ist bei der Notiz: Die Schuld der Reichsbahn im letzten Abschnitt und Satz nach "Reichsbahn" ~~hinzu-~~ bei der Olympiade hinzuzufügen, sodass der Satz folgendermassen lautet: Mit welcher Sorge muss man dem Spitzenverkehr der Reichsbahn bei der Olympiade entgegensetzen, wenn schon bei normalem Weihnachtsverkehr derartige Katastrophen eintreten.

## DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Zu No. 3.

Amsterdam, den 8. Februar 1936.

"Ausbau der Altersversorgung". (ITF) Die Nationalsozialisten haben  
===== in ihrem Parteiprogramm (Punkt 14)  
"einen grosszügigen Ausbau der Altersversorgung" versprochen, aber  
sie haben nicht daran gedacht, ihr Versprechen einzulösen. Die Renten,  
die die Invalidenversicherung an die alten Arbeiter zahlt, sind so  
niedrig, dass niemand davon leben kann. Alte Arbeiter versuchen des-  
halb, so lange wie möglich weiter zu arbeiten. Allein im Hamburger  
Hafen arbeiteten 2 700 Hafenarbeiter, die älter als 65 Jahre waren.  
Dem haben die Nationalsozialisten jetzt ein Ende gemacht. Sie haben  
nicht etwa die Invalidenrenten erhöht, um den Abgearbeiteten einen  
ruhigen Lebensabend zu sichern, wie Hitler es versprochen hatte, son-  
dern sie haben einfach allen Hafenarbeitern, die älter als 65 Jahre  
sind, die Arbeitskarte entzogen und bestimmt, dass künftig alle Hafena-  
rbeiter spätestens 3 Monate nach Vollendung des 65. Lebensjahres  
ihrer Arbeitskarte und damit des Rechts auf Arbeit vorlustig gehen.  
Die alten Hafenarbeiter müssen mit den Elendsrenten hungern.

Das Denkmal des Pater Aviano. (ITF) Als im Februar 1934 noch die  
===== Kanonen vor Wien donnerten, versprach  
der Präsident der österreichischen Bundesbahnen, Vaugoin, den während  
der Kämpfe im Dienst stehenden Eisenbahnern eine besondere geldliche  
Zuwendung. Es wurden sogar schon Zahlungslisten aufgestellt, doch  
zur Auszahlung der Belohnungen ist es nicht gekommen. Zum Trost kam  
aus der Generaldirektion die Nachricht, dass eine neue Besoldungsord-  
nung für die Eisenbahner vorbereitet werde, die eine Besserstellung  
bringe. Der Bundesbahnpräsident selbst teilte bei einer "vaterländi-  
schen Veranstaltung" der Bundesbahn mit, dass er für die Eisenbahner  
eine besondere Weihnachtsüberraschung vorbereitet habe. Weihnachten  
1934 kam, aber die Überraschung blieb aus, sie kam erst zu Weihnachten  
1935. Nachdem seit Monaten immer wieder Mitteilungen über eine neue  
Besoldungsordnung durchgesickert waren, erfuhr man, dass durch die  
kommende Besoldungsordnung die Bezüge der Eisenbahner um nicht weniger  
als 15 Millionen Schilling erhöht werden sollten. Aber wieder wurden  
die Hoffnungen der Eisenbahner enttäuscht. Es wurde keine verbesserte  
Besoldungsordnung erlassen, sondern die "provisorischen" Kürzungen  
(durch das Budget- und Bundesbahnbudgetsaniierungsgesetz und die  
Bundesbahnbudgetsaniierungsverordnung), die mit 31. Dezember 1935 ab-  
liefen, wurden um weitere zwei Jahre verlängert.

Die Kürzungen der Bezüge der Eisenbahner sind noch höher als die  
beträchtlichen Kürzungen der Bezüge der Bundesangestellten. Man nimmt  
den Eisenbahnern das 13. Monatsgehalt. Man kürzt ihnen das Gehalt,  
den Ortszuschlag, die anrechenbaren Zulagen und den Taglohn um 4.85,  
6.35 und 7.35% und die Pensionen um 8.85, 10.35 und 11.35%. (Alle  
diese Kürzungen sind befristet. Die Pensionen aber wurden (durch die  
Bundesbahnbudgetsaniierungsverordnung) darüber hinaus noch dauernd  
durch Herabsetzung der Bemessungsgrundlage und Änderung des %-Ausmasses  
gekürzt; in einzelnen Fällen bedeutet das eine Verminderung der  
Pensionen um 30% und mehr. Die Nebengebühren wurden um 15 und 30%,  
die Wirtschaftsprämie um 70% gekürzt. Die Kürzungen können auch nicht  
im Einzelfall durch Aufrückungen ausgeglichen werden. Im Dezember  
1935 wurde verfügt, dass bis Ende 1936 keine Beförderungen vorgenommen  
werden dürfen, auch wenn ein freier Posten zu besetzen ist. Es werden  
daher wohl in solchen Fällen Bedienstete auf höheren Posten verwandt,  
aber sie erhalten weiter nur ihre alten Bezüge; auch die Bezahlung  
höherer Nebengebühren ist unstatthaft.

Was den Festangestellten recht ist, ist den Zeitarbeitern billig.  
Eine alte Bestimmung besagt, dass Zeitarbeiter im Bahnunterhaltungs-  
dienst bei Wiederaufnahme, wenn sie sich mit einem Wiederverwendungs-  
zeugnis ausweisen können, den im Vorjahr bezogenen Taglohn zu erhalten  
haben. Diese Bestimmung wurde ausser Kraft gesetzt.

Die Bezüge wurden gekürzt, aber die Abzüge wurden erhöht. Die  
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden im Jahre 1935 obwohl  
die Zahl der u n t e r s t ü t z t e n (!) Arbeitslosen von Monat  
zu Monat abnimmt, erhöht. Es zahlen nunmehr die im Taglohn stehenden  
Bediensteten monatlich um 1.23 Schilling mehr, aber auch die Festange-  
stellten zahlen zum Grossteil mehr, obwohl für sie die Versicherung  
gegen Arbeitslosigkeit nur dann praktische Bedeutung bekommt, wenn  
sie, was allordings wegen regierungsfeindlichem Verhalten nicht selten  
geschieht, ohne Anspruch auf Pension entlassen werden.

Daneben zahlt der Eisenbahner noch seinerzeit die zur Krisenbekämpfung eingeführte Besoldungssteuer, Krisensteuer, Ledigensteuer und seit 1934 die Sicherheitssteuer. Dazu kommt ab Jahr 1936 eine neue Steuer für die Deckung der Kosten der Polizei, die den Eisenbahner monatlich mit 1 bis 2 Schilling belasten wird. Für die Kosten der faschistischen ernannten "Personalvertretung" müssen die Bediensteten, obwohl sie von diesen "Vertretern" nichts zu erwarten haben, höhere Beiträge als für die alte gewählte Personalvertretung zahlen. Selbst den Pensionisten und Witwen, die früher überhaupt nichts zu zahlen hatten, wird jetzt ein Beitrag zur Personal"vertretung" abgezogen.

Die Beiträge für die "Vaterländische Front", der Deckorganisation der faschistischen Verbände, betragen ursprünglich 20 Groschen pro Monat. Inzwischen wurden sie auf 40,50 und 120 Groschen erhöht. Dazu kommen noch die Beiträge für die Familienangehörigen, deren Beitritt von jedem einzelnen Bediensteten erzwungen wurde. Für die von der Verwaltung herausgegebene Zeitschrift, eine Zeitschrift von sehr zweifelhaftem Werte, die zu beziehen zur Pflicht gemacht wird, werden monatlich 50 Groschen eingezogen. Dazu kommen die "freiwilligen" Beiträge für die "Winterhilfe", deren Höhe durch Anschlag bei den Auszahlungsstellen den Bediensteten angegeben wird, und deren Verweigerung in einer Reihe von Fällen die sofortige Zwangspensionierung zur Folge hatte. Dann folgen Zahlungen für ein Denkmal des Pater Aviano, der während der Türkenbelagerung 1683 in Wien gewirkt haben soll, für ein Dollfuß-Denkmal, für den Weihnachtsbescherungsverein, jetzt wieder für eine Dollfuß-Denkmal-Batterie, sodass bei jeder Auszahlung Gelegenheit gegeben ist, die "vaterländische" Einstellung zu demonstrieren oder bei Verweigerung der geforderten "freiwilligen" Spende die Existenz zu riskieren.

Dass die Behandlung der Bediensteten durch Vorgesetzte Formen angenommen haben, wie sie in Österreich nie, auch nicht in der kaiserlichen Vorkriegszeit üblich waren, wird nach dem Ganzen niemand mehr Wunder nehmen. Dienstenteilungen und Turnusse sind derart, dass das Leben der Eisenbahner praktisch nur noch aus Schlafen und Dienst besteht. Dienstfreie Tage kennen die meisten Bediensteten, die im Tag- und Nachtdienst stehen, nicht mehr. Es gibt Turnusse im Fahrdienst, in denen nicht ein freier Tag im Monat vorgesehen ist.

Für Beurlaubte und Erkrankte wird meist kein Vertreter gestellt, wo irgend möglich wird die Arbeit auf die übrigen aufgeteilt. Auf Posten und bei Kategorien, wo das nicht möglich ist, sind bis heute die Urlaube, die im Jahre 1935 zu beanspruchen waren, erst in den wenigsten Fällen gegeben worden!

Die Stimmung unter den österreichischen Eisenbahnern, selbst unter den Anhängern des Regimes, entspricht diesen Zuständen.